



Bezirksregierung Arnberg

Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnberg.nrw.de

Tel.: 02931/82-2341, 2324 oder 2306 **Fax:** 02931/82-46177

Regionalratssitzung am:	12.12.2013	Vorlage:			34/05/13
Vorberatung in:	PK... <input type="checkbox"/>	SK... <input checked="" type="checkbox"/>	VK... <input type="checkbox"/>	REK... <input type="checkbox"/>	
TOP 5:	Ehrenamt – bürgerschaftliches Engagement				
	• Information				
Berichterstatter:	Abteilungsdirektor Kirchner				
Bearbeiter:	Regierungsamtmann Krämer (für den Arbeitskreis Ehrenamt der Bezirksregierung Arnberg)				

Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.



Bezirksregierung Arnberg

Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnsberg.nrw.de

Tel.: 02931/82-2341, 2324 oder 2306 Fax: 02931/82-46177

Regionalratssitzung am:	12.12.2013	Vorlage:			34/05/13
Vorberatung in:	PK... <input type="checkbox"/>	SK... <input checked="" type="checkbox"/>	VK... <input type="checkbox"/>	REK... <input type="checkbox"/>	
TOP 5:	Ehrenamt – bürgerschaftliches Engagement				
	• Information				
Berichterstatter:	Abteilungsdirektor Kirchner				
Bearbeiter:	Regierungsamtmann Krämer (für den Arbeitskreis Ehrenamt der Bezirksregierung Arnberg)				

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

1. Vorbemerkung

Im Rahmen der Regionalratssitzung am 04.07.2013 in Olpe erhielt der Arbeitskreis Ehrenamt der Bezirksregierung Arnsberg den Auftrag, die Thematik des ehrenamtlichen Engagements in der Region einer weiteren Betrachtung mit dem Schwerpunkt auf dem politisch-wissenschaftlichen Aspekt zu unterziehen. Nach umfangreicher Sichtung und Auswertung weiteren wissenschaftlichen Studienmaterials konnte festgestellt werden, dass die Grundlage aller gängigen Studien bzw. Auswertungen zum Thema Ehrenamt der sog. „Freiwilligen-survey“ (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement) ist. Durch diesen wird seit 1999 das bürgerschaftliche Engagement in regelmäßigen Abständen erfasst. Der Freiwilligen-survey wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahre 2009 (wie auch in den Jahren 1999 und 2004) durch das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung, München, zum dritten Mal durchgeführt.

Als weitere Quellen wurden die Studie der Sozialforschungsstelle der TU Dortmund im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW aus dem Jahre 2011 (Beschäftigtenbefragung, u. a. Vergleich mit „Dubliner Stiftung“), der Abschlussbericht der Robert Bosch Stiftung zum Modellprogramm „Engagement braucht Leadership“ aus dem Jahre 2013, die Jugendsonderauswertung der Bertelsmann Stiftung von Daten des Freiwilligen-survey aus dem Jahre 2011 (u. a. „Shell-Jugendstudie“) sowie das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ (ZiviZ) des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, der Bertelsmann Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung aus dem Jahre 2012 herangezogen. Diese Studien beziehen sich immer wieder auf den Freiwilligen-survey (s. <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=165004.html>), sodass vor allem dieser die Grundlage dieser Vorlage ist.

2. Betrachtungen des Ehrenamtes in der Wissenschaft: „Freiwilligen-survey“

Den Ausgangspunkt des Freiwilligen-survey bilden empirische Forschungen in Bezug auf die sogenannte „Infrastruktur der Zivilgesellschaft“, die in der Forschung auch als „Dritter Sektor“ bezeichnet wird und in einer freiheitlich strukturierten Gesellschaft neben Staat und Wirtschaft eine wichtige gesellschaftliche, soziale und ideelle Bedeutung hat. In Deutschland beteiligten sich im Jahr 2009 71 % der Bevölkerung ab 14 Jahren in Gruppen, Vereinen und Organisationen oder in öffentlichen Institutionen und Einrichtungen. Dies waren deutlich mehr als noch 1999, als erst 66 % der Menschen ab 14 Jahren in Deutschland öffentlich aktiv waren. Die vielfältige Infrastruktur der Zivilgesellschaft wird somit von einem hohen Anteil der Bürgerinnen und Bürger sporadisch oder regelmäßig für öffentliche Aktivitäten genutzt. Dabei stehen „Sport und Bewegung“, „Kirche und Religion“, „Kindergarten und Schule“, „Freizeit und Geselligkeit“ sowie „Kunst, Kultur und Musik“, welche vor allem durch Vereine organisiert werden, im Vordergrund.

2.1 Ziele aller Studien

Im Vordergrund der Studien stehen als Wünsche und Ziele die Ermunterung zum Bürgerengagement und die Schaffung eines positiven öffentlichen Klimas. Wesentlich sind hierbei die Beseitigung von Hindernissen (z. B. von Bürokratie) oder die Unterstützung einer öffentlichen Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstruktur zur Förderung der öffentlichen Beteiligung und des freiwilligen Engagements. Neben dem Staat wird zunehmend auch die Wirtschaft – also die Arbeitgeber – angesprochen, ihren Beitrag zur Zivilgesellschaft zu leisten, indem die Unternehmen das Engagement ihrer Beschäftigten oder Bewerberinnen und Bewerber unterstützen und anerkennen. Bei Bewerberinnen und Bewerbern gleicher Qualifikation könnte eventuell ein vorhandenes freiwilliges Engagement den Ausschlag für eine Einstellung, einen Aufstieg oder eine Beförderung sein. Bestes Beispiel ist der Volkswagen-Konzern, der eine Stabsstelle für das freiwillige Engagement seiner Beschäftigten eingerichtet hat.

2.2 Allgemeine Quoten Deutschland/NRW/Regierungsbezirk Arnsberg

Die Quote der Freiwilligen bzw. Ehrenamtlichen ist in NRW seit 1999 mit 35 % stabil, innerhalb Deutschlands sogar von 1999 (34 %) bis 2004 um 2 % gestiegen und seitdem weiter stabil. Ein Rückgang ist nicht ersichtlich. Auch die Quote der „nur“ öffentlich Aktiven, die sich im Umfeld von Institutionen und Organisationen bewegen, aber keine Ämter oder Aufgaben übernehmen, ist gestiegen (von 32 % 1999 auf 35 % 2009). NRW liegt mit seinem Anteil freiwillig Engagierter im Mittelfeld aller deutschen Bundesländer. Auffällig ist, dass vor allem Bundesländer mit einem ländlichen Charakter einen deutlichen Zuwachs verzeichnen konnten. Im Regierungsbezirk Arnsberg waren 1999 34 % der Menschen freiwillig engagiert. 2004 nahm der Prozentsatz etwas zu, ging aber 2009 wieder auf 33 % zurück. Der Regierungsbezirk Arnsberg liegt 2009 mit seinem Anteil „nur“ öffentlich Aktiver und freiwillig Engagierter (71 %) an 4. Stelle aller Regierungsbezirke NRWs (Detmold: 78 %, Düsseldorf: 75 %, Münster: 75 %, Köln: 69 %).

2.3 Die besondere Struktur NRWs gegenüber anderen Bundesländern (Siedlungsweise)

Die Siedlungsweise NRWs unterscheidet sich deutlich von der der Nachbarländer (Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen). In NRW leben 75 % der Bevölkerung in hoch verdichteten Ballungsräumen, was bundesweit nur zu 40 % der Fall ist. In den städtischen Kernen der Ballungsräume bundesweit, ist die Freiwilligentätigkeit schwach entwickelt (30 %). NRW schneidet in dieser Kategorie mit 33 % besser ab. Deutlich zu erkennen ist eine Zunahme der „nur“ Aktiven von 32 % (1999) auf 39 % in 2009. Neben der erhöhten Präsenz von Migranten sowie den besonderen sozialen Problemen in der Großstadt setzt das umfangreiche

öffentliche und kommerzielle Angebot an Freizeitaktivitäten das freiwillige Engagement weit mehr als auf dem Lande unter Konkurrenzdruck.

Im zweiten dominanten Siedlungsraum NRWs, den hoch verdichteten Kreisen innerhalb der Ballungsräume, wo 35 % der Bevölkerung leben, zeigte sich bis 2004 ein leichter Anstieg des Engagements, der ab 2009 wieder auf dem Ausgangswert von 1999 bei 34 % lag (bundesweit: 37 %). Auch hier wuchs die Gruppe der „nur“ öffentlich Aktiven stark an. Dies ist auf den höheren Verdichtungsgrad dieser Bereiche in NRW zurückzuführen. Die sozialen Verhältnisse dürften denen in den städtischen Kernzonen der Ballungsräume ähnlich sein. Eine Besonderheit in NRW ist der geringe Bevölkerungsanteil in den wenig verdichteten und entlegenen ländlichen Räumen (25 % gegenüber 60 % bundesweit). Das Engagement ist in diesen Räumen auch in NRW erhöht (38 %) und damit ebenso verbreitet wie bundesweit auf dem Land. Engagementförderung bedeutet ganz besonders eine Steigerung des Engagements bei „nur“ öffentlich aktiven Menschen. **Den Kommunen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Vielfältiges Bürgerengagement ist ein wichtiger Standortfaktor für Städte und Kreise, denn es steigert die Lebensqualität und die Bindung der Menschen an ihr Lebensumfeld. So können soziale und strukturelle Probleme besser angegangen werden.**

2.4 Altersgruppen und Veränderungen der Gesellschaft mit Wirkung auf das Ehrenamt

Aus den auf das Bundesgebiet bezogenen Daten ist ersichtlich, dass es vor allem in der Altersgruppe der 31- bis 45-jährigen Engagierten einen Anstieg gab (1999: 38 %, 2009: 41 %). Wie bei den älteren Menschen (60 Jahre plus) nahm auch bei den jungen Leuten (14 bis 30 Jahre) diejenige Gruppe stark zu, die zwar im Rahmen der Zivilgesellschaft aktiv sind, aber keine bestimmten Aufgaben übernommen haben. Bei den jungen Leuten handelte es sich allerdings oft um einen Rückfall aus der Aktivitätsform „Engagement“ in eine weniger gebundene Beteiligung, während bei den Menschen ab 60 Jahren vor allem eine bessere öffentliche Einbeziehung vormals nicht öffentlich aktiver Menschen zu beobachten war. Diese wollen sich nicht mehr auf private und zufällige öffentliche Kontakte begrenzen und suchen stärker den Kontakt zur organisierten Öffentlichkeit. Vereine, Organisationen und Einrichtungen sind für die Älteren eine passende Möglichkeit zur öffentlichen Erweiterung ihrer privaten Existenz. Da ältere Menschen über kleinere private Netzwerke verfügen als jüngere, ist die Integration in die Zivilgesellschaft eine gute Gelegenheit, jene zu festigen und zu vergrößern. Gleichzeitig erbringen die Älteren damit Leistungen für das Gemeinwohl oder für andere Menschen. Ältere Menschen bringen sich zunehmend in das ökologische Engagement und in das lokale Bürgerengagement ein, inzwischen sogar verstärkt in Kindergärten und Schulen. Die Modernisierung des Profils der älteren Menschen wird damit auch inhaltlich erkennbar. Ohnehin zeigt sich dies im verstärkten Bezug der Seniorinnen und Senioren zur organisierten Öffentlichkeit, der eine deutliche Folge der Veränderung des Lebensstils der Men-

schen ist, die in der Nachkriegszeit aufgewachsen sind und an den verbesserten Bildungschancen teilhaben konnten.

Die regionale Mobilität junger Menschen ist zwar stark angestiegen, hat sich aber besonders ungünstig auf das Engagement ausgewirkt. Sie steht in einem engen Zusammenhang mit den gestiegenen Anforderungen in der Bildungs-, Ausbildungs- und Berufseinmündungsphase und setzt das freiwillige Engagement junger Leute unter Druck. Dazu kommen weitere Stress-Faktoren wie die Umstrukturierung in den verschiedenen Zweigen des Bildungssystems. Die Ganztagschule steht auch in NRW zwar nicht in prinzipieller, aber doch in struktureller Opposition zum typischen „Engagementnachmittag“ von Jugendlichen. Ungünstige Wirkungen auf das Engagement junger Menschen scheint auch die zunehmende Verschulung des Studiums (Bachelor-System) zu haben, mit im Profil reduzierten Abschlüssen, die Studierende mit zusätzlichen beruflichen Qualifikationen anreichern müssen. Die dort eingesetzte Energie und Zeit dürfte für das jeweilige Engagement fehlen. Dennoch gibt es unter jungen Menschen hohe Potenziale für mehr Engagement. Viele würden sich freiwillig engagieren, wenn passende Angebote vorlägen bzw. bekannt wären. **Vor allem in den Ballungsgebieten ziehen viele junge Menschen mit Engagementbereitschaft zu, die aber wenig abgerufen wird. Viele von ihnen fühlen sich nicht ausgelastet und richtig eingesetzt. Neben der Gewinnung von mehr jungen Menschen stellt sich für Organisationen und Einrichtungen daher die Aufgabe, der Motivation und dem Ehrgeiz der bereits engagierten jungen Menschen mehr Raum zu geben.**

2.5 Probleme des ehrenamtlichen Engagements

Charakteristisch für die Zivilgesellschaft ist, dass nur wenige Menschen verantwortliche Funktionen, wie etwa die eines Vorstandmitglieds oder eines Trainers, übernehmen. Dies zeigten vor allem die Erkenntnisse des Projektes „Engagement braucht Leadership“ der Robert Bosch Stiftung. Zwei Drittel der befragten Institutionen gaben Schwierigkeiten bei der Vorstandsbesetzung an. Die Gründe für die Ablehnung eines Vorstandspostens sind komplex. „Zeitmangel“, „zu umfangreiche Aufgaben“ und „die Angst vor zu viel Verantwortung“ wurden am häufigsten genannt. **Als Unterstützungsbedarf kommen hier vor allem Fortbildungen in klassischen Vereinsthemen wie „Finanzen“ oder „Recht“ in Betracht, aber auch Supervision, Coaching und Organisationsberatung.** Hier ist auch der demografische Wandel stark zu spüren. Die „älteren Vorstandsmitglieder“ sind nicht immer bereit, neue Wege einzuschlagen, auf die Ideen Jüngerer einzugehen oder Aufgaben abzugeben. Das erschwert eine Mitarbeit von jungen Erwachsenen im Verein. **Dabei wird durch gute Beispiele aber auch deutlich, dass sich Kompetenzen und Erfahrungen alt eingesessener Vorstände und das Know-how und die Ideen „Neuer“ durchaus ergänzen und als gewinnbringend erweisen.**

Viele Menschen sind hingegen als Mitglieder in Vereinen oder Initiativen aktiv oder unterstützen diese durch Beiträge und Spenden. Durch ihre Beteiligung beleben sie die Strukturen der Zivilgesellschaft. Im Gegensatz zu den „nur Beteiligten“, die man relativ unkompliziert auf eine freiwillige Tätigkeit ansprechen kann, ist es umso schwieriger, die Menschen, die keinen Zugang zu Vereinen, Organisationen oder Institutionen haben und ihr Leben rein privat verbringen, für freiwillige Aufgaben zu gewinnen.

2.6 Der Geschlechtervergleich und diesbezügliche Probleme bzw. Auswirkungen

Die Bundes- und NRW-Daten von 2009 zeigen, dass deutlich mehr Männer (40 %) als Frauen (32 %) freiwillig engagiert sind. Hierin zeigt sich die Fortsetzung der allgemeinen Arbeitsteilung der Geschlechter im unterschiedlichen Verhältnis zur Zivilgesellschaft. Frauen tragen neben der Familienarbeit auch einen Großteil des sozialen Engagements, das sich in verschiedener Form an Personen und Gruppen („Männer arbeiten mehr für die Sache, Frauen mehr für die Menschen.“) wendet. Außerdem ist das in der Zivilgesellschaft weiterhin quantitativ dominierende Vereins- und Verbandswesen immer noch mehr auf die Bedürfnisse von Männern als von Frauen zugeschnitten. Man erkennt vor der Familienphase eine starke Konzentration junger Frauen auf den beruflichen Werdegang. Während der Familienphase verbinden Frauen und immer häufiger auch Männer das freiwillige Engagement, das oft auch auf die Aktivitäten der eigenen Kinder in Kindergarten, Schule oder Sportverein bezogen ist, mit ihren Aufgaben als Eltern. Gegen Ende der Familienphase geht bei Frauen das Engagement zurück, bekommt dann aber zwischen einem Alter von 60 und 70 Jahren nochmals einen größeren Stellenwert. Bei Männern hingegen unterliegt das Engagement insgesamt gesehen kaum altersspezifischen Schwankungen. Junge Frauen äußern laut der Shell-Jugendstudie wesentlich früher ihren Kinderwunsch als Männer. Damit wird die Familie früher Teil der Lebensplanung. Gleichzeitig entwickeln sie eine große Zielstrebigkeit im Qualifikationssektor, die wohl auch darauf beruht, dass sie vor der Familiengründung und einer eventuellen Mutterschaft ein gutes berufliches Fundament gelegt haben möchten. Junge Frauen setzen offenbar Prioritäten, und freiwilliges Engagement steht in diesem Zusammenhang nicht unbedingt an erster Stelle. Diejenigen, die sich in dieser Lebensphase engagieren, verwenden meist deutlich weniger Zeit auf ihre freiwillige Tätigkeit als junge Männer. Auch übernehmen sie seltener leitende Funktionen. **Hochwertige Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche könnten dabei zur Entlastung beitragen und Raum für freiwilliges Engagement schaffen.** Zwar engagieren sich jüngere erwerbstätige Frauen zunehmend freiwillig (oft für ihre Kinder), allerdings mit einem geringeren Zeitbudget als Männer. **Frauen sollten Angebote erhalten, die über klassische Einsatzbereiche in der Kinder- und Jugendarbeit hinausgehen und denen sie sich auch in der Lebensphase widmen können, in der ihre Kinder nicht mehr im eigenen Haushalt leben.** Dabei sollte man andere Bereiche, als die klassischen (sozialer, gesundheitlicher und kirchlicher Bereich) der

engagierten Frauen ab 60 Jahren ins Auge fassen, denn es kann laut dem Freiwilligensurvey nicht vorausgesetzt werden, dass sich die nachrückenden, zunehmend besser ausgebildeten Frauen ebenfalls vorrangig in diesen Bereichen engagieren möchten. **Erforderlich ist die Schaffung eines offenen und unterstützenden Klimas, innerhalb dessen an Sacharbeit und Führungsverantwortung interessierte Frauen ermutigt werden, solche Tätigkeiten zu übernehmen und auszuüben.** Wenig Sinn hat es jedoch, im Sinne einer abstrakten Gleichheitsideologie die Frauen mit kurzfristigen Kampagnen eher zu überfordern als zu unterstützen. Ganz abgesehen davon sind Männer weiterhin aufgerufen, sich stärker in die Familienarbeit und in diesem Zusammenhang in die Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Pflegebedürftigen einzubringen.

2.7 Quoten Erwerbstätiger

Der Anteil Erwerbstätiger an ehrenamtlich tätigen Personen ist laut der o. a. Studien gestiegen (1999: 38 %, 2009: 40 %). Eine höhere berufliche Qualifikation, aber auch eine höhere Arbeitszufriedenheit geht einher mit mehr zeitlichem Einsatz für das Ehrenamt. **Probleme hingegen gibt es dabei, längere Arbeitszeiten mit dem ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagement zu vereinbaren.**

2.8 Motive und Anforderungen an ehrenamtlich Tätige

Die befragten Teilnehmenden haben einen ausgeprägten sozialen Gestaltungswillen: Sie wollen die Weiterentwicklung ihres Gemeinwesens mitbestimmen. Ein Motiv, sich zu engagieren, ist die Möglichkeit, außerhalb des privaten Umfelds interessante Menschen kennenzulernen und mit diesen gemeinsam etwas zu unternehmen und zu bewegen. Neben individuellen Aspekten werden aber auch solidarische, wie „sich für andere einsetzen“ aufgeführt. Daneben spielt der Erwerb von Qualifikationen eine Rolle. Nicht zuletzt wurden die Anerkennung für die geleistete Arbeit sowie das Gefühl, auch nach jahrelanger Berufstätigkeit noch gebraucht zu werden, als Gründe aufgeführt. An viele Freiwillige werden hohe Ansprüche in Bezug auf ihre Einsatzbereitschaft gestellt, ganz besonders bei der Freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten. Diese Anforderungen sind auch mit einem Bedarf an Weiterbildung verbunden. **Außerdem schätzen Freiwillige die Möglichkeit, an einem Kurs oder einer Maßnahme der Weiterbildung teilzunehmen, auch als Ausdruck der Anerkennung ihrer Tätigkeit.** Ein guter mitmenschlicher Umgang ist die entscheidende Anforderung an Ehrenamtliche, dem alle anderen Fähigkeiten nachgeordnet sind. In den Institutionen liegt es besonders in der Hand des hauptamtlichen Personals, eine partizipative Kultur zu pflegen.

2.9 Finanzielle Aspekte

Die Erkenntnisse zur Kostenbelastung deuten auf eine abnehmende Bedeutung dieses Themas bei denjenigen Engagierten hin, die der breiten Mittelschicht zuzuordnen sind. Sie haben weniger Kosten und nutzen die Kostenerstattung zumeist nur gelegentlich. Für materiell schlechter Gestellte bzw. Arbeitslose sieht das jedoch anders aus; bei ihnen hat die Kostenerstattung unverändert einen erhöhten Stellenwert. Als problematisch werden vor allem die Projektfinanzierung sowie die Ausstattung und Infrastruktur des Engagements angesehen. **Es geht also weniger um die materielle Unterstützung der Freiwilligen, sondern um die finanzielle Sicherung einer Infrastruktur, in der das Engagement seine besondere Qualität und Wirksamkeit entfalten kann.** Natürlich bestimmt die individuelle materielle Situation das Engagement mit und die soziale Schere mag eine Ursache dafür sein, dass die NRW-Engagementquote inzwischen unter dem Bundesdurchschnitt liegt. **Menschen in schwieriger materieller Lage sollten jedoch nicht nur als Klienten der Zivilgesellschaft gesehen werden, sondern als Akteure, die sich durch ihr Engagement aktiv in das Gemeinwesen einbringen.** In einigen Bereichen (Politik, Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienst) werden kleinere Vergütungen gezahlt, die die Engagierten zumeist als ausreichend einstufen.

Auf Bundesebene kommen vermehrt Hinweise auf eine Umwandlung von hauptberuflichen in freiwillige Tätigkeiten aus den Bereichen Jugendarbeit und Erwachsenenbildung, Politik, Gesundheit und Soziales. „Vergütung“, „Arbeitsmarktnähe“ und „Missbrauch“ des Engagements stehen in einem engen Zusammenhang, wenn Teile der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur, vor allem Institutionen und Einrichtungen beginnen, betriebswirtschaftlich zu agieren, vor allem in Reaktion auf Mittelkürzungen der öffentlichen Hand. Diese Praktiken stoßen bei den „echten“ Ehrenamtlichen auf Irritation und setzen außerdem die hauptberuflich Tätigen unter Druck, die um ihren Arbeitsplatz fürchten. Im Extremfall ziehen sich dann Menschen aus dem Engagement zurück, weil ihnen der Sinn ihrer freiwilligen Tätigkeit nicht mehr einleuchtet.

2.10 Der Weg zum Ehrenamt

Freiwilliges Engagement kommt ganz überwiegend durch Ansprache bereits öffentlich aktiver Menschen oder durch eigene Erlebnisse zustande. Je kurzfristiger die Tätigkeit ausgeübt wird, umso weniger spielen Freunde, Bekannte oder die Familie eine Rolle. In der Dekade seit dem ersten Freiwilligensurvey 1999 wurde schon viel getan, um das Engagement sichtbar zu machen, den Einsatz Engagierter anzuerkennen und die Bereitschaft zur Ausübung ehrenamtlichen Engagements zu fördern. Dennoch wurde das Maß der Information und Beratung der Bevölkerung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements als unzureichend eingestuft. In den Ballungsräumen sind die Angebote, sich zu engagieren, weniger überschaubar. In kleineren Orten sind sie besser bekannt und müssen daher nicht so intensiv

beworben werden. Wenn Interesse besteht, wenden sich interessierte Menschen unter Umständen direkt an die Vereine oder Organisationen. Öfter werden Kontaktstellen aufgesucht, wenn bereits ein verbindliches Engagementinteresse besteht. Das betrifft auch die Präsenz des Themas in den Massenmedien. **Ein weiterer hemmender Faktor ist die immer noch verbreitete Einstufung des bürgerschaftlichen Engagements als „weiches“ Thema mit nachgeordneter Bedeutung, das hinter den „harten“ Themen Wirtschaft, Arbeitsmarkt oder Sicherheit zurückstehen muss, eben auch mit weniger finanzieller Ausstattung.**

2.11 Das wichtigste Glied: Der Verein

Wie oben bereits kurz erwähnt, wird der Großteil ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen praktiziert. Diese leisten in den Kommunen viel für den sozialen Zusammenhalt und die örtliche Gemeinschaft und sind oft als gemeinnützig anerkannt. Durch die prekäre Haushaltssituation der meisten Kommunen ist eine kommunale Unterstützung ihrer Angebote als „freiwillige“ Leistung jedoch häufig nicht möglich. Im Gegensatz dazu stehen die kommunalen Aufgaben in der Daseinsvorsorge und die „notwendigen“, oft gesetzlich geregelten Aufgaben im Bildungs- und Sozialbereich, die durch öffentliche Institutionen und Einrichtungen sichergestellt werden. **Wichtige Beiträge zur Lebensqualität in den Kommunen bringt die soziale Freizeitgestaltung, z. B. in der Sport-, Kultur- und Jugendarbeit (und in anderen öffentlichen Bereichen). Durch soziale Integration und Kompetenzgewinne der (oft jungen) Beteiligten wirkt sie präventiv und verhindert Folgekosten sozialer Desintegration oder gar Verwahrlosung.**

3. Zusammenstellung der Ansatzpunkte für eine politische Diskussion

- Vielfältiges Bürgerengagement ist ein wichtiger Standortfaktor für Städte und Kreise, denn es steigert die Lebensqualität und die Bindung der Menschen an ihr Lebensumfeld. So können soziale und strukturelle Probleme besser angegangen werden.
- Vor allem in den Ballungsgebieten ziehen viele junge Menschen mit Engagementbereitschaft zu, die aber wenig abgerufen wird. Viele von ihnen fühlen sich nicht ausgelastet und richtig eingesetzt. Neben der Gewinnung von mehr jungen Menschen stellt sich für Organisationen und Einrichtungen daher die Aufgabe, der Motivation und dem Ehrgeiz der bereits engagierten jungen Menschen mehr Raum zu geben.
- Als Unterstützung bei der Übernahme von Verantwortung, beispielsweise in Vorstandsfunktionen, kommen vor allem Fortbildungen in klassischen Vereinsthemen wie „Finanzen“ oder „Recht“ in Betracht, aber auch Supervision, Coaching und Organisationsberatung. Dabei wird zudem deutlich, dass sich Kompetenzen und Erfahrungen alt eingeses-

sener Vorstände und das Know-how und die Ideen „Neuer“ durchaus ergänzen und als gewinnbringend erweisen.

- Hochwertige Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche können zur Entlastung beitragen und Raum für freiwilliges Engagement schaffen. Frauen sollten Angebote erhalten, die über klassische Einsatzbereiche in der Kinder- und Jugendarbeit hinausgehen und denen sie sich auch in der Lebensphase widmen können, in der ihre Kinder nicht mehr im eigenen Haushalt leben. Erforderlich ist die Schaffung eines offenen und unterstützenden Klimas, innerhalb dessen an Sacharbeit und Führungsverantwortung interessierte Frauen ermutigt werden, solche Tätigkeiten zu übernehmen und auszuüben.
- Längere Arbeitszeiten sind oft mit ehrenamtlichem bzw. bürgerschaftlichem Engagement nur schwer vereinbar.
- Freiwillige schätzen die Möglichkeit, an einem Kurs oder einer Maßnahme der Weiterbildung teilzunehmen, auch als Ausdruck der Anerkennung ihrer Tätigkeit.
- Priorität sollte gegenüber der materiellen Unterstützung der Freiwilligen die finanzielle Sicherung einer Infrastruktur haben, in der das Engagement seine besondere Qualität und Wirksamkeit entfalten kann. Menschen in schwieriger materieller Lage sollten dabei nicht nur als Klienten der Zivilgesellschaft gesehen werden, sondern als Akteure, die sich durch ihr Engagement aktiv in das Gemeinwesen einbringen können.
- Ein hemmender Faktor ist die immer noch verbreitete Einstufung des bürgerschaftlichen Engagements als „weiches“ Thema mit nachgeordneter Bedeutung, das hinter den „harten“ Themen Wirtschaft, Arbeitsmarkt oder Sicherheit zurückstehen muss, oftmals verbunden mit einer geringeren finanziellen Ausstattung.
- Die soziale Freizeitgestaltung, z. B. in der Sport-, Kultur- und Jugendarbeit (und in anderen öffentlichen Bereichen) erbringt wertvolle Beiträge zur Lebensqualität in den Kommunen. Durch soziale Integration und Kompetenzgewinne der (oft jungen) Beteiligten wirkt sie zudem präventiv und verhindert Folgekosten sozialer Desintegration oder gar Verwahrlosung.